
FORSCHUNGSVERBUND: „WENDEZEITEN: EINFLUSS UND STRATEGIE VON GEWERK- SCHAFTEN IN DER OSTDEUTSCHEN TRANSFOR- MATION VON WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT“

Hans-Böckler-Stiftung

Stand: 18.08.2021

Inhalt

Einführung	Fehler! Textmarke nicht definiert.
1. Wirtschaftlicher Strukturwandel – Umbau industrieller Kerne und der öffentlichen Infrastruktur	3
1.1 Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsplatzverlust	4
1.2 Mitbestimmung im Betrieb und Gewerkschaftsstrukturen	4
2 Projekte (Stand August 2021)	5
2.1 Gewerkschaftliche Konzepte für die neuen Länder	5
2.2 Wandel gewerkschaftlicher Praxis im ostdeutschen Betrieb	7
2.3 Der ostdeutsche Agrarbereich 1989 bis 2000	8
2.4 Ostdeutsche Mitbestimmung im historischen Wandel	9

Ziel des Forschungsverbunds „Wendezeiten“

Der Umbruch in der DDR und die folgende politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation in Ostdeutschland wirkt sich bis in heutige Debatten, Problemlagen und Entwicklungen in Ost- und in Westdeutschland aus. Geschichte ist somit die Vorgeschichte aktueller Problemkonstellationen.

Welches Bild von Geschichte vermittelt wird, hängt auch von dem Wissen ab, das die historische Forschung zutage fördert. Die Rolle der Gewerkschaften und der betrieblichen Mitbestimmungsakteure während und nach der Deutschen Einheit war bisher nur vereinzelt Forschungsgegenstand. Mitbestimmungsakteure waren maßgeblich eingebunden in die Abfederung von Massenarbeitslosigkeit, die Auflösung der betriebszentrierten sozio-kulturellen Strukturen in DDR-Betrieben, die Entwicklung und Umsetzung von Konzepten zum Umbau oder Abwicklung industrieller Kerne und der öffentlichen Infrastruktur und übernahmen auch wesentliche Funktionen in der Übertragung des westdeutschen Systems industrieller Beziehungen, u.a. des Tarifvertragssystems, auf Ostdeutschland.

Mit dem **Forschungsverbund „Wendezeiten – Einfluss und Strategie von Gewerkschaften in der ostdeutschen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft“** verfolgt die Hans-Böckler-Stiftung das Ziel, über einzelne Forschungsvorhaben Wissen über diese Thematik zu generieren. Dabei adressieren wir drei Bereiche:

1.1 Wirtschaftlicher Strukturwandel – Umbau industrieller Kerne und der öffentlichen Infrastruktur

Unter den Bedingungen der Marktwirtschaft und der Währungsunion war die DDR-Wirtschaft bereits zum Zeitpunkt der deutschen Einheit nicht mehr wettbewerbsfähig. Der Treuhandanstalt wurde seitens der Bundesregierung die Aufgabe übertragen, die volkseigenen Betriebe zu sanieren, zu privatisieren oder stillzulegen. Dies provozierte Konflikte und Widerstand. Auch die öffentliche Infrastruktur – von der Abfallwirtschaft bis zum Gesundheitswesen – wurde in westdeutsche Strukturen überführt, in dem öffentliche Aufgaben privatisiert oder kommunalisiert wurden.

Deshalb besteht Erkenntnisinteresse über

- alternative Konzepte für die ostdeutsche Wirtschafts- und Branchenstruktur und zur wirtschaftlichen Transformation seitens der Mitbestimmungsakteure in Betrieben und Gewerkschaften.
- Stärke, Richtung und Akteurskonstellationen bei gewerkschaftlichen Interventionen im Prozess des Strukturwandels und der Neuordnung.
- den gewerkschaftlichen Einfluss auf die Entscheidungen der Treuhandanstalt, z.B. auch über ihre Vertretung im Verwaltungsrat zum Erhalt industrieller Strukturen und Arbeitsplätzen.

1.2 Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsplatzverlust

Folgen der Schließung und Sanierung von Betrieben waren Massenentlassungen, Arbeitslosigkeit und der Abbau sozialer und kultureller betrieblicher Einrichtungen.

Deshalb besteht Erkenntnisinteresse über

- gewerkschaftliche Strategien, um die Arbeitslosigkeit und den Abbau der soziokulturellen Infrastruktur abzufedern.
- den Einfluss von Gewerkschaften – auch in den Gremien der Bundesagentur für Arbeit – zur Entwicklung und Umsetzung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen.
- den Ablauf der wirtschaftlichen und sozialen Transformation in Betrieben.

1.3 Mitbestimmung im Betrieb und Gewerkschaftsstrukturen

Noch zu DDR-Zeiten starteten betriebliche Initiativen zum Aufbau demokratischer Vertretungsstrukturen und zur Ablösung der alten FDGB Strukturen. Jedoch erfolgte spätestens mit Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland die Auflösung der ehemaligen FDGB Gewerkschaften und der Aufbau neuer Gewerkschaftsstrukturen durch den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften. Bei der Übertragung von gewerkschaftlichen Strukturen nach Ostdeutschland und dem dortigen gewerkschaftlichen Aufbau verfolgten der DGB und Gewerkschaften unterschiedliche Strategien. Partizipation und die Übernahme von Verantwortung in Mitbestimmungsfunktionen der Beschäftigten vor Ort und aus westdeutschen Gewerkschaften gestalteten sich unterschiedlich.

Deshalb besteht Erkenntnisinteresse

- über die Perspektiven und Erwartungen der ostdeutschen Beschäftigten auf die westdeutschen Gewerkschaften.
- die Möglichkeiten und die Nutzung von Mitbestimmung in den Betrieben. Wie und wo wurden Demokratie in Form von Partizipation und Mitbestimmung im Betrieb erfahrbar?
- Teils kam es zu Betriebsübernahmen durch Management buy out, weshalb sich die Frage der Auswirkungen von Rollenwechseln z.B. bei Aushandlungsprozessen in der betrieblichen Mitbestimmung stellt. Welches Rollenverständnis entwickelten Betriebsräte in Ostdeutschland?
- die Rolle des DGB und der Gewerkschaften bei der Übertragung des westdeutschen Mitbestimmungsmodells und dessen Implementierung in den Betrieben.
- die Strategien der Gewerkschaften und die Rolle von Betriebsräten bei Implementierung und Umsetzung von Tarifverträgen.
- Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Hintergründe von gewerkschaftlichen Strategien, die Auswirkungen des Aufbaus gewerkschaftlicher Strukturen in Ostdeutschland auf die gesamtdeutschen

Gewerkschafts-strukturen und Folgen für die Handlungsfähigkeit der gesamtdeutschen Gewerkschaftsarbeit.

Übergreifend besteht Interesse an Konzepten und Instrumenten im ostdeutschen Strukturwandel, die an frühere Erfahrungen im westdeutschen Strukturwandel z.B. im Ruhrgebiet anknüpfen. Es sollen Antworten gegeben werden können, (1) welche Maßnahmen und Konzepte sich zur Transformationsbewältigung bewährt haben und zur Bewältigung aktueller Transformationsprozesse beitragen können und (2) inwiefern die heutige politische Situationen in ostdeutschen Bundesländern durch frühere Erfahrungen – quasi in Langzeitwirkung – beeinflusst und geprägt werden.

Der Forschungsverbund ist auf sechs Projekte ausgelegt. Drei haben bereits ihre Arbeit aufgenommen. Ein weiteres Projekt wird im Januar 2022 starten. Zwei weitere Projekte sind vorbehaltlich ihrer Bewilligung für den Start im Januar 2022 vorgesehen.

2 Projekte

Stand: August 2021

2.1 Gewerkschaftliche Konzepte für die neuen Länder

Projektleitung/-bearbeitung:

Prof. Dr. Detlev Brunner
Universität Leipzig

Laufzeit: Februar 2021 — Januar 2024

<https://www.boeckler.de/de/suchergebnis-forschungsfoerderungsprojekte-detailseite-2732.htm?projekt=2020-20-5>

Projektteaser

Die Rolle der Gewerkschaften in den Prozessen der Einheit und Transformation ab 1989/90 ist bislang kaum erforscht. Sie hätten reagiert, anstatt aktiv Einfluss zu nehmen, so ein Narrativ. Ziel des Projektes ist es, Bedeutung und Wirkung gewerkschaftlichen Handelns und gewerkschaftlicher Zielsetzungen in der Phase des umfassenden Wandels der 1990er Jahre herauszuarbeiten und zu analysieren.

Kontext

30 Jahre nach der Erreichung der staatlichen Einheit Deutschlands steht die zeitgeschichtliche Auseinandersetzung mit den Prozessen der Einheit und der umfassenden Transformation von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat auf der Tagesordnung. Damit gerät auch die Rolle der Gewerkschaften in den Blick der Wissenschaft. Die auf diesem Feld bestehenden Forschungslücken sind angesichts der Bedeutung der Gewerkschaften für das Erreichen

gesellschaftlicher Einheit und ihrem Wirken als gesellschaftspolitische Kraft gravierend.

Eine zentrale Frage ist die der Partizipation. Welche Mitbestimmungsmöglichkeiten boten sich? Welche Bedeutung kam gewerkschaftlichen Konzepten für den Umbau zu, welchen Einfluss konnten Gewerkschaften auf die sozioökonomischen Wandlungsprozesse ausüben? Dies sind zentrale Fragen nach dem Zustand der „sozialen Marktwirtschaft“, in die die Wirtschaft der Ex-DDR umgewandelt werden sollte.

Fragestellung

Das Projekt geht von folgenden Thesen aus: Der DGB und die in ihm vereinten Gewerkschaften waren, erstens, wie die meisten Akteure in Politik und Wirtschaft auf die Ereignisse der Jahre 1989/90 nicht vorbereitet, sie handelten in der Folge dennoch nicht planlos, mit dem Ziel den Prozess der Einheit und des wirtschaftlichen Strukturwandels mitzugestalten. In den gewerkschaftlichen Konzeptionen lässt sich, so die zweite These, im Laufe des Transformationsprozesses eine Verlagerung von Forderungen auf allgemeiner Ebene hin zu konkreten Konzepten (Sanierung, Strukturförderung etc.) erkennen. Und drittens: Die Region als Wirtschafts- und Handlungsraum stellt für die gewerkschaftlichen Einflussmöglichkeiten eine Akteursebene dar, in der Erfolge zu generieren sind. Das Projekt konzentriert sich auf folgende Schwerpunktbereiche: Die Chemieindustrie, die Energiewirtschaft und die Werften.

Untersuchungsmethoden

Das Projekt basiert auf einem „Methodenmix“. Zum wesentlichen Teil folgt es der „klassischen“ historischen Methode, d.h. der Auswertung und Interpretation schriftlicher Quellen sowie statistischen Materials. Zudem werden themenzentrierte Interviews mit Zeitzeug*innen und Expert*innen geführt sowie bereits vorliegende Interviews aus früheren Projekten ausgewertet werden. Folgende Kategorien sind für das Erkenntnisinteresse des Projektes leitend: „Region“, als Ort „sozialer Interdependenzen“, „Netzwerk“, als Voraussetzung für „soziale Kompromisse“ sowie „Korporatismus“. Inwiefern war dieses Modell eines Interessenausgleiches zwischen Staat, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden in der Phase der Transformation tragfähig?

2.2 Wandel gewerkschaftlicher Praxis im ostdeutschen Betrieb

Projektleitung/-bearbeitung:

Dr. Jakob Warnecke
Universität Leipzig

Laufzeit: März 2021 — Juli 2023

<https://www.boeckler.de/de/suchergebnis-forschungsfoerderungsprojekte-detailseite-2732.htm?projekt=2020-605-5>

Projektteaser

Das Vorhaben widmet sich dem Bereich Betrieb und Gewerkschaft im Zeitraum von 1989/90-1994/95. Dabei werden Entscheidungsstrukturen auf Betriebsebene und die Möglichkeiten der Mitbestimmung seitens der Belegschaften bzw. deren Vertreter*innen untersucht und nach den Wahrnehmungen und Deutungen der beteiligten Akteur*innen gefragt.

Kontext

Mit der Währungsunion im Juli 1990 rückte in Ostdeutschland der Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze auf betrieblicher Ebene in den Mittelpunkt gewerkschaftlicher Praxis. Der Aufbau betrieblicher Interessenvertretung hatte daher, neben der Neustrukturierung gewerkschaftlicher Organisation, Priorität. Zugleich mussten die Gewerkschaften neue Strategien gegen den fortschreitenden Deindustrialisierungsprozess entwickeln und im Betrieb den Kampf für den Erhalt der Arbeitsplätze aufnehmen. Das Vorhaben möchte diese Prozesse am Beispiel VEB Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf „Wilhelm Florin“ im Zeitraum 1989/90 – 1994/95 untersuchen. Der Betrieb erlebte ab 1991 eine Phase eines massiven Abbaus von Beschäftigung. Das führte zu Arbeitskämpfen unter Führung der IG Metall, deren Wirkungen im Betrieb und im Alltag der betroffenen Akteure bisher kaum untersucht worden sind.

Fragestellung

Welche Bedeutung nahm der Betrieb als soziales Handlungsfeld bei den betrieblichen Interessenvertretung (Betriebsrat) und der Belegschaft ein?

Welche Konflikte zwischen betrieblicher Interessenvertretung und der Gewerkschaft ergaben sich?

Welchen Stellenwert nahm die Gewerkschaft in der Wahrnehmung, Deutung und Haltung der Beschäftigten ein? Welche Erwartungen waren an die „neue Zeit“ geknüpft? Inwiefern wurden diese bestätigt oder enttäuscht?

Welche Prägungen durch Betriebsalltag und Aushandlungsformen aus Zeiten der DDR lassen sich auf Betriebsebene nachweisen? Wie wirkten sich diese angesichts nicht eingeübter westdeutscher Gewerkschafts- und Mitbestimmungsstrukturen aus?

Wie gingen die Gewerkschaften in diesem Kontext mit den Herausforderungen in Ostdeutschland und auch den eigenen strukturellen Umbrüchen um?

Untersuchungsmethoden

Die Studie wird den Forschungsgegenstand aus mikropolitischen Perspektive untersuchen. Mikropolitik hat sich als akteurszentrierte Analyse von Institutionen und als historische Analyse von Betrieben und

Produktionsprozessen sehr bewährt. Die einzelnen Beziehungen zwischen den verschiedenen Akteuren werden dabei stärker in den Blick genommen. Dies wird mit einer diskursanalytischen Zugangsweise verknüpft, wenn etwa der Arbeitskampf analysiert wird. Dabei stehen die sprachliche und semantische Ebene von schriftlichen Quellen wie Flugblättern, Aufrufen und Transparenten von Belegschaft, Gewerkschaften und weiteren Akteuren im Mittelpunkt der Analyse. Für die vorliegende Untersuchung sind Methoden der Oral History erforderlich, um die alltags- und erfahrungsgeschichtliche Dimension des Forschungsgegenstands auszuloten. Neben diesen selbst geschaffenen Quellen ist die Auswertung von Archivalien sowie gedruckten Quellen unverzichtbar.

2.3 Der ostdeutsche Agrarbereich 1989 bis 2000

Projektleitung/-bearbeitung:

Dr. Rainer Fattmann, Bonn, Thomas Hentschel, Inge Bieler
PECO-Institut für nachhaltige Regionalentwicklung in Europa e.V.

Kooperationspartner:

Prof. Dr. Theo Fock
Hochschule Neubrandenburg

Laufzeit: August 2021 — Juli 2024

<https://www.boeckler.de/de/suchergebnis-forschungsfoerderungsprojekte-detailseite-2732.htm?projekt=2021-388-5>

Projektteaser

Das Forschungsprojekt untersucht die Transformation der ostdeutschen Landwirtschaft nach der friedlichen Revolution in der DDR und der staatlichen Einheit, die Auswirkungen des Strukturbruchs auf die (ehemals) in der ostdeutschen Landwirtschaft Beschäftigten und fragt danach, ob und inwieweit gewerkschaftliche Strategien und Handlungen soziale und wirtschaftliche Brüche dämpfen konnten.

Kontext

Die Transformation der ostdeutschen Wirtschaft und Gesellschaft sowie ihre konfliktreiche Integration in die wirtschaftlichen Strukturen der (alten) Bundesrepublik sind nach wie vor ein hochgradig umstrittenes Thema der politischen und publizistischen Debatte und einer heterogenen Erinnerungskultur. Der tiefe Strukturbruch, der sich in den ostdeutschen Bundesländern gerade auch auf dem Lande vollzogen hat, spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Hierbei muss in Erinnerung gerufen werden, dass 1989 die Zahl der in der Agrarwirtschaft der DDR tätigen Erwerbstätigen bei nicht weniger als 850.000 Menschen (rund zehn Prozent aller Erwerbstätigen) gelegen hat und somit mehr als doppelt so hoch war wie in der alten Bundesrepublik. Dabei waren die landwirtschaftlichen Betriebe in der DDR nicht nur Erwerbssorte, sondern oft auch gesellschaftliche und kulturelle Mittelpunkte der Dörfer. Der Umbruch nach 1990 wurde hier von vielen Menschen vor allem als Verlust erfahren.

Fragestellung

Das Projekt zielt auf die Beantwortung der folgenden drei eng aufeinander bezogenen, jedoch analytisch zu trennenden und methodisch unterschiedlich zu bearbeitenden forschungsleitenden Fragestellungen. Erstens: Wie gestaltete sich die Privatisierung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGen) und Volkseigenen Güter (VEG) im Verlauf und in Folge des Einigungsprozesses. Zweitens: Welche alternativen Positionen und agrarpolitischen Leitbilder entwickelte die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (und dann die IG Bauen-Agrar-Umwelt) zur Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft sowie des ländlichen Raumes in den neuen Bundesländern? Inwieweit konnten Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen die Anpassung der ländlichen Bevölkerung an den Strukturbruch zumindest lokal und temporär erleichtern? Wie gestaltete sich drittens vor diesem Hintergrund die Transformation der ostdeutschen Landwirtschaft aus der Perspektive der Beschäftigten bzw. der ländlichen Bevölkerung?

Untersuchungsmethoden

Für die Transformationsphase der Landwirtschaft in Ostdeutschland wird die wirtschafts- und politikwissenschaftlichen Literatur, für quantitative Aussagen die amtliche Agrarstatistik detailliert ausgewertet. Die Untersuchung der gewerkschaftlichen Strategien und Handlungen stützt sich auf eine fragestellungsgeladene inhaltliche Auswertung zentraler Primärquellen besonders der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft und ihres Umfelds. Zweitens sollen – mit zentraler Beteiligung des PECO-Instituts (www.peco-ev.de) – Gruppendiskussionen mit Personen geführt werden, die in den 1990er Jahren an beschäftigungs- und strukturentwicklungspolitischen Maßnahmen in ihrer Region oder den neu aufgebauten Betrieben/Institutionen in der Praxis beteiligt waren. Weitere leitfadengestützte Einzelinterviews werden mit zentralen gewerkschaftlichen Akteuren sowie mit einer noch zu bestimmenden und regional zu gewichtenden Auswahl von Betriebsräten und Betriebsrätinnen geführt.

2.4 Ostdeutsche Mitbestimmung im historischen Wandel

Projektleitung/-bearbeitung:

Prof. Dr. Ingrid Artus, Dr. Judith Holland, Michael Whittall, Ph.D., N.N.
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Laufzeit: Januar 2022 — Dezember 2023

<https://www.boeckler.de/de/suchergebnis-forschungsfoerderungsprojekte-detailseite-2732.htm?projekt=2021-427-5>

Projektteaser

Das Projekt erforscht die Entwicklung von Mitbestimmung in ostdeutschen Metallbetrieben seit der Wendezeit. Anhand von zehn Betriebsfallstudien werden Kontinuitätslinien und Bruchstellen mitbestimmungspolitischer Handlungs- und Deutungsmuster im Kontext der wechselvollen ökonomischen und politischen Geschichte Ostdeutschlands analysiert.

Kontext

Das Projekt untersucht zehn ostdeutsche Betriebe der Metall- und Elektroindustrie, in denen in den Jahren 1993 und 1994 ausführliche Interviews mit Betriebsrats- und Managementvertreter*innen zur Etablierung der Mitbestimmung in Ostdeutschland geführt wurden. Das historische Datenmaterial wird einer Sekundäranalyse unterzogen, welche die historischen Orientierungen der damaligen Mitbestimmungsakteure (auch) als Vorgeschichte heutiger Problemkonstellationen analysiert. 25 Jahre später wird in den damaligen Untersuchungsbetrieben die aktuelle Mitbestimmungssituation erneut untersucht, mit einem ähnlichen theoretischen Konzept sowie methodischen Design wie damals (vgl. Artus et al. 2001; Betriebliches Interessenhandeln, Band 2). Ziel der Studie ist es, die aktuelle mitbestimmungspolitische Situation in Ostdeutschland auch als Ergebnis „von Geschichte“ und deren interessenpolitischer Interpretation zu verstehen.

Fragestellung

Ziel der Follow-up-Studie ist es, typische Stabilitätsbedingungen und Wandlungsprozesse betrieblicher Mitbestimmungskulturen in Ostdeutschland seit den 1990er Jahren in ihrem zeitlichen Verlauf empirisch wie theoretisch zu rekonstruieren. Es soll darüber hinaus ein Beitrag zum Verständnis der Dynamik betrieblicher Mitbestimmung in Gesamtdeutschland sowie von Institutionenwandel im Allgemeinen geleistet werden. Wie wirken sich rechtliche und tarifliche Veränderungen (z.B. Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes, „Hartz IV“-Gesetzgebung, Verbetrieblichung der Tarifpolitik) auf Mitbestimmungshandeln aus? Welche Rolle spielen einschneidende überbetriebliche Ereignisse (z.B. Tarifkonflikte, Wirtschaftskrisen), gesamtgesellschaftliche Wandlungsprozesse (z.B. Generationenwandel, veränderte Geschlechterarrangements) sowie betriebliche Faktoren (z.B. Privatisierung/Verkauf des Unternehmens, veränderte Managementstrategien, personelle Wechsel im Management und Betriebsrat)?

Untersuchungsmethoden

Das Forschungsprojekt wird anhand der Sekundäranalyse von historischem Interviewmaterial sowie aktueller qualitativer Interviews zehn historisch angelegte betriebliche Fallstudien erarbeiten. Die anhand der Fallstudien identifizierten Muster von Stabilität und Wandel betrieblicher Mitbestimmungskulturen werden anschließend verglichen, um typische Verlaufsmuster von Mitbestimmung zu erarbeiten. Zunächst werden Vertreter*innen der IG Metall sowie regionale Expert*innen kontaktiert, um Informationen über die Geschichte und aktuelle Situation in den Untersuchungsbetrieben zu erhalten. Anschließend werden drei bis vier ausführliche Leitfadeninterviews pro Fallbetrieb durchgeführt, mit derzeit aktiven Management- und Betriebsratsvertreter*innen sowie nach Möglichkeit auch mit ehemaligen betrieblichen Akteur*innen. Das methodische Design wird selektiv ergänzt um Gruppendiskussionen mit Beschäftigten, die das kollektive Geschichtsbild zum Thema haben.

Impressum

Hans-Böckler-Stiftung
Dr. Michaela Kuhnhenne
Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf
michaela-kuhnhenne@boeckler.de